

Deputation für Bildung Sitzungsprotokoll der 30. Sitzung (staatlich)			
18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015			
Sitzungstag 04. Februar 2015	Sitzungsbeginn 15:34 Uhr	Sitzungsende 16:57 Uhr	Sitzungsort Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 5. Dezember 2014
- TOP 3 Ganztagschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten (Antrag der Fraktion der CDU vom 29. November 2013 (Drucksache 18/1179) Vorlage L 120/18
- TOP 4 Nutzung von digitalen Medien und von WLAN im schulischen Kontext Vorlage L 126/18
- TOP 5 Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrämter an die Neuordnung des Zulassungsverfahrens in den Vorbereitungsdienst (Zweite Befassung) zur Kenntnis Vorlage L 127/18
- TOP 6 Kenntnissgabe eines Beschlusses der Feriendeputation des 08. Dezembers 2014: Änderung der Verordnung für die Schulen für Erwachsene im Lande Bremen Vorlage L 131/18
- TOP 7 Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler im Lande Bremen (NSP-V) Vorlage L 136/18

- | | | |
|--------|---|------------------|
| TOP 8 | Kenntnisgabe einer Richtlinienänderung: Entfristung in Richtlinien für die Gymnasiale Oberstufe | Vorlage L 137/18 |
| TOP 9 | Verordnung zur Entfristung bildungsrechtlicher Verordnungen | Vorlage L 138/18 |
| TOP 10 | Gesetz zur Entfristung bildungsrechtlicher Gesetze | Vorlage L 139/18 |
| TOP 11 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Feststellung der Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachförderung | Vorlage L 140/18 |
| TOP 12 | Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetz | Vorlage L 141/18 |
| TOP 13 | Änderung IP-Weiterbildungsverordnung | Vorlage L 142/18 |
| TOP 14 | Verschiedenes | |

Top 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 15:34 Uhr. Es folgt eine kurze Vorstellung von Herrn Dr. Rademacher in seiner neuen Funktion als Referent der Bildungsdeputation und als Koordinator für überregionale Gremien. Frau Vogt merkt an, dass die Zuweisungsrichtlinie nicht auf der Tagesordnung steht. Woraufhin Herr Staatsrat Kück erwidert, dass diese weiterhin mit dem Finanzressort und den weiteren Beteiligten diskutiert werde. Die Deputation genehmigt die Tagesordnung anschließend einstimmig.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 5. Dezember 2014

Frau Vogt weist darauf hin, dass sie an der 29. Sitzung der Bildungsdeputation nicht teilgenommen hat und bittet um entsprechende Änderung des Protokolls (Deputation Stadt). Frau Vogt wurde am 5. Dezember 2015 durch Frau Bernhard vertreten.

Das Protokoll wird nach Maßgabe dieser Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 3 Ganztagschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten (Antrag der Fraktion der CDU vom 29. November 2013 (Drucksache 18/1179) L 120/18

Es besteht Gesprächsbedarf zu den Tabellen auf Seite drei in der Vorlage. Herr Dr. vom Bruch fragt nach dem Anteil der Schülerplätze und ist an der inhaltlichen Gestaltung interessiert.

Herr Stadtrat Frost berichtet, dass die Maßnahmen durch kommunale Ressourcen gedeckt werden und gibt an, dass eine Anhebung angestrebt wird.

Herr Stadtrat Frost verweist im Übrigen auf die Vorlage für die Dezembersitzung des Ausschusses Schule und Kultur der Stadtverordnetenversammlung. Die Zuständigkeit beider kommunalen Gemeinden bleibt unberührt. Ganztags muss für beide Gemeinden sichergestellt werden.

Beschluss (SPD Zu. / B90/DG Zu. / CDU Abl. / Linke Abl.):

Die Deputation beschließt den anliegenden Bericht und dessen Weiterleitung an den Haushalts- und Finanz-Ausschuss. Die Deputation empfiehlt den Antrag abzulehnen, da weitere

Programme zur Entwicklung von Ganztagschulen erst im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Haushalte 2016/2017 beraten werden können.

TOP 4 Nutzung von digitalen Medien und von WLAN im schulischen Kontext

L 126/18

Frau Vogt kritisiert, dass der Sachstand der Vorlage hinsichtlich des WLAN-Ausbaus keine Angaben enthält. Sie möchte zudem wissen, wie viele Schulklassen bzgl. der Testprojekte eingebunden sind. Lehrkräfte müssen ggf. von externen Experten geschult werden, da die technischen Entwicklungen heutzutage unheimlich schnell voranschreiten. Dies möchte sie auch zu Protokoll geben.

Herr Dr. vom Bruch äußert, dass er diesen Punkt bereits als Berichtsbitte vorgetragen habe. Er stellt die Frage in den Raum, ob man mit der bisherigen Entwicklung zufrieden sei und ermuntert zu mehr Mut und mehr Offensivgeist. In der Vorlage solle deutlicher werden, dass die technische Entwicklung und das, was Jugendliche in der Schule erleben, deutlich auseinander driftet.

Herr Rohmeyer merkt an, dass die Digitalität immer mehr zunimmt und Bremen den Weg unbedingt rechtzeitig beschreiten müsse. Er bittet um die Weiterleitung der Vorlage zur Beratung bei „Jugend im Parlament“ und die weitere Begleitung des Themas durch die Deputation.

Herr Güngör erwidert, dass Deutschland allgemein „hinterher hinke“; unter anderem, was die digitale Ausstattung der Klassenzimmer betrifft. Dies sei kein Bremen spezifisches Problem. Insgesamt könne man dem bisherigen Wortlaut nicht entnehmen, was die CDU konkret möchte. Dies solle bitte einmal formuliert werden.

Ein Vertreter des Personalrats Bremerhaven zeigt auf, dass eine kleine Anzahl von Schülerinnen und Schülern Zuhause keinen Zugriff auf Internetmedien hat. Dies gestaltet auch den Zugriff auf eine Lernplattform im Rahmen eines Privathaushalts schwierig. Die Begeisterung für diese Medien lässt zudem oftmals Urheberrechtsfragen und den Datenschutz vergessen.

Herr Dr. Ballnus, Landesinstitut für Schule (LIS) legt dar, dass es sich um ein sehr komplexes Thema handele. Die inhaltliche Dimension muss zwingend mit der Umsetzung kombiniert werden. Ebenso sollten Absprachen mit der Lehrerschaft erfolgen. Er berichtet, dass das Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib) 2010 eine Umfrage erhoben hat, die damit befasst war, wie die IT-Infrastruktur wirklich eingesetzt wird (was wird genutzt und was wünscht man sich?). Dazu wurden alle Schulleitungen befragt, wie auch die Lehrerschaft (800 bis 900 Personen). Es konnte verzeichnet werden, dass Lehrer/innen und Schüler/innen gerne mehr private Geräte einsetzen würden; und, dass der Wunsch nach einer

Schulplattform/ -cloud besteht. Zudem müsse erwähnt werden, dass ein Pool von Leihgeräten auch WLAN erfordere, welches auch Sicherheitsbestimmungen genügen muss. Dieser Standard bringt aber auch großen zeitlichen Aufwand mit sich. Eine Plattform gebe es derzeit schon. Es wurde deutlich, dass die Lehrerschaft Nachschulungsbedarf hat. Die inhaltliche Dimension beinhaltet der Masterplan Medienbildung 2010.

Frau Dogan merkt an, dass die Anstrengungen allgemein erhöht werden sollten und hier finanzielle Mittel zu Verfügung zu stellen sind. Sie richtet eine Berichts-anfrage an Herrn Stadtrat Frost und möchte wissen, wie Bremerhaven damit umgeht.

Frau Schmidtke ist es noch einmal wichtig zu betonen, dass PC-Leihgeräte an Schulen vorhanden sein müssen, da nicht alle Elternhäuser finanziell in der Lage sind, ihre Kinder mit der entsprechenden Technik auszustatten. Das dürfe nicht vergessen werden.

Herr Stadtrat Frost merkt ebenso an, dass genügend Geräte vorhanden sein müssen. In Bremerhaven sei man bemüht WLAN-Netze immer weiter auszubauen. Dies funktioniere an den Schulen auch recht gut, aber den aktuellen Medien hinke man immer etwas hinterher.

Frau Senatorin Quante-Brandt berichtet, dass 1,4 Millionen Euro aufgebracht werden müssen, um alle Schulen mit WLAN auszustatten. Sie betont, dass auch im berufsbildenden Bereich Geld in die Hand genommen wird. Zwar sei man nicht in dem Tempo unterwegs wie man es sich wünschen würde, aber daran interessiert technisch aufzuschließen. Regelungsmechanismen seien vorhanden und sie unterstreicht, dass Bremen froh ist, einen Masterplan zu haben, da es somit eine Grundlage gebe, auf der man aufbauen kann. Dies müsse in der Gesamtbetrachtung berücksichtigt werden. Wir seien auf einem guten Weg und es geht darum, die Gesellschaft „digital“ nicht zu spalten.

Beschluss (einstimmig Zu.):

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Nutzung von digitalen Medien und von WLAN im schulischen Kontext zur Kenntnis.

TOP 5 Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrämter an die Neuordnung des Zulassungsverfahrens in den Vorbereitungsdienst (Zweite Befassung) zur Kenntnis

L 127/18

Frau Vogt merkt an, dass sie der Vorlage in der Feriendeputation nicht zugestimmt habe und verweist auf Seite drei. Es sei nicht gut, wenn Referendarinnen und Referendare Vertretungsregelungen aufnehmen müssen.

Herr Güngör erwidert, dass es sich nun um eine zweite Fassung handele und Änderungen vorgenommen wurden. Mit diesen Änderungen würde man die Vertretungsregelungen für die Referendarinnen und Referendare äußerst gerecht und angemessen gestalten. Im Detail handelt es sich hier u.a. darum, dass Referendarinnen und Referendare nicht mehr als vier Stunden im Monat Vertretungsunterricht machen dürfen und dieser zudem nicht in einem fachfremden Bereich gemacht werden darf. Außerdem muss dieser Vertretungsunterricht den Ausbildungszwecken dienen.

Beschluss (SPD Zu. / B90/DG Zu. / CDU Zu. / Linke Abl.):

Die staatliche Deputation für Bildung stimmt dem Entwurf der „Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrämter“ gemäß Anlage 1 zu.

TOP 6 Kenntnisgabe eines Beschlusses der Feriendeputation des 08. Dezembers 2014: Änderung der Verordnung für die Schulen für Erwachsene im Lande Bremen **L 131/18**

Beschluss (einstimmig Zu.):

Die staatliche Deputation für Bildung beschließt die Änderung der Verordnung für die Schulen für Erwachsene im Lande Bremen gemäß Anlage 1.

TOP 7 Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler im Lande Bremen (NSP-V) **L 136/18**

Beschluss (einstimmig Zu.):

Die Deputation für Bildung nimmt den geplanten Änderungsentwurf der „Verordnung über die Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler“ zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, die notwendigen Verfahren und Beteiligungen einzuleiten und der Deputation für Bildung in ihrer Sitzung im April 2015 eine Änderungsverordnung der Prüfungsverordnung zur Abstimmung vorzulegen. Die Deputation für Bildung nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der besonderen Eilbedürftigkeit ein verkürztes Beteiligungsverfahren notwendig ist.

**TOP 8 Kenntnisgabe einer Richtlinienänderung: Entfristung in Richtlinien für die
Gymnasiale Oberstufe** **L 137/18**

Herr Dr. vom Bruch fragt nach, ob es Verordnungen gibt, die befristet waren, jetzt aber nicht aufgerufen werden.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt merkt an, dass die Richtlinie lediglich zur Kenntnis gegeben wird. Die Frage der Entfristung von Verordnungen beziehe sich auf TOP 9.

Derzeit soll eine Verordnung (Regelung zur sog. U50-Stunde), in dem Beschlusspaket unter TOP 9, aufgrund eines Diskussionsprozesses mit dem Personalrat nicht entfristet werden.

Beschluss (einstimmig Zu.):

Die Deputation für Bildung nimmt den Erlass zur Kenntnis.

TOP 9 Verordnung zur Entfristung bildungsrechtlicher Verordnungen **L 138/18**

Beschluss (SPD Zu. / B90/DG Zu. / CDU Zu. / Linke Enth.):

Die Deputation für Bildung stimmt der „Verordnung zur Entfristung bildungsrechtlicher Verordnungen“ zu.

TOP 10 Gesetz zur Entfristung bildungsrechtlicher Gesetze **L 139/18**

Beschluss (einstimmig Zu.):

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf für das „Gesetz zur Entfristung bildungsrechtlicher Gesetze“ zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

**TOP 11 Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Feststellung der
Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachförderung** **L 140/18**

Frau Vogt merkt für das Protokoll an, dass sie der Vorlage zustimmt, aber der Einwand des Personalrats Schulen bzgl. der Gruppengrößen berechtigt sei.

Zu gegebener Zeit soll es einen Bericht geben, um bzgl. der Ressourcenfrage eine Regelung zu finden.

Beschluss (einstimmig Zu.):

Die Deputation für Bildung stimmt dem anliegenden Entwurf der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Feststellung der Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachförderung zu.

TOP 12 Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetz L 141/18

Frau Vogt lehnt die Vorlage ab. Aus ihrer Sicht sei die Zuordnung wichtiger Fragen weiterhin diffus und somit eine fachliche Bearbeitung notwendig.

Herr vom Bruch merkt an, dass für ihn die Eilbedürftigkeit nicht transparent sei.

Herr Rohmeyer hingegen sieht einen ausführlichen Diskussionsbedarf in der Bürgerschaft. Ansonsten Zustimmung.

Frau Dogan findet es wichtig, dass fragliche Punkte noch einmal mit den betroffenen Personen erörtert werden.

Herr Güngör betont, dass noch bis zur zweiten Lesung Änderungsvorschläge gemacht werden können und eine Beteiligung am Verfahren ausdrücklich erwünscht ist.

Diese Möglichkeit sollte gerne genutzt werden (unter anderem von Grundschulleitungen, Zentralelternbeirat etc). Inhaltlich liege man aus seiner Sicht nicht so weit auseinander.

Beschluss (SPD Zu. / B90/DG Zu. / CDU Zu. / Linke Abl.):

Die Deputation für Bildung (staatlich) nimmt den anliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes zur Kenntnis und beschließt den beigefügten Bericht an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).

Die Deputation empfiehlt der Bürgerschaft die Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter Lesung.

TOP 13 Änderung IP-Weiterbildungsverordnung

L 142/18

Herr Stadtrat Frost berichtet hinsichtlich der Annahme der Weiterbildungsmaßnahme, dass bei Modellprojekten in Bremerhaven, ebenso wie in Bremen, einige Plätze nicht besetzt werden konnten. Dies erklärt er sich unter anderem dadurch, dass die Kolleginnen und Kollegen nach der erworbenen Qualifikation damit rechnen müssten, ihren Arbeitsplatz zu wechseln. Entlastungsstunden seien nicht unbedingt die zentrale Frage, denn Bremerhaven hat diese zu 100% den Schulen zur Verfügung gestellt.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ist optimistisch, dass nun mehr Lehrkräfte die Möglichkeit erhalten und auch nutzen, sich entsprechend weiterzubilden. Es wird angestrebt, dass beim dritten Durchgang der universitären Weiterbildungsmaßnahme für die Zulassung nun kein Empfehlungsschreiben der Schulleitungen mehr notwendig ist. Auch Grundschulpädagogen können an der Fortbildung teilnehmen. Ebenso sind sachgerechte Einzelfallentscheidungen möglich. Außerdem steht einzelnen Umschülern aus dem WBFT zu sätz-

lich die Möglichkeit offen, sich zu qualifizieren. Es wird wieder ein Angebot von dreißig Plätzen bestehen.

Der Personalrat Bremerhaven erwähnt, dass es sich um ein ambitioniertes Programm in relativ kurzer Zeit handele und die Belastung für die Teilnehmer/innen dementsprechend hoch sei. Die Entlastungsstunden sind daher zwingend sicherzustellen.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt stellt dazu fest, dass die Entlastungsstunden davon unberührt sind.

Beschluss (einstimmig Zu.):

Die Deputation für Bildung nimmt die Änderungsverordnung zur IPWeiterbildungsv zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 14 Verschiedenes

Frau Schmidtke möchte als Stadtdeputierte ein Anliegen in der Deputation Land äußern. Diese Bitte wird ihr gewährt. Sie möchte wissen, wie an Schulen mit „Misshandlung und Kindesmissbrauch“ umgegangen wird (unter dem Aspekt Kindeswohl bzw. Kindeswohlgefährdung). Inwieweit ist die Schule auf solche Fälle vorbereitet? Erhält die Schule Unterstützung?

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt fasst die Fragestellung noch einmal kurz zusammen und lässt durch das ReBUZ (Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren) sowie durch das LIS prüfen, ob die Lehrkräfte an Schulen entsprechend qualifiziert sind, um solche Fälle zu erkennen. Ebenso soll geklärt werden, wie die Schule eingreift/ eingreifen kann, wenn ein Verdacht besteht bzw. bekannt ist.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Bildung um 16:57 Uhr.